

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

STANDPUNKT

America second

Alexander Isele über das Scheitern Trumps auf seiner Asienreise

Donald Trumps Asienreise macht die schlimmsten Befürchtungen derjenigen Staaten war, die bisher hoffnungsvoll auf die USA blickten. Zwar überraschte der US-Präsident mit Ruhe und Friedfertigkeit – inklusive zaghafter Angebote an Nordkorea und einer neuen Männerfreundschaft mit Xi Jinping – doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen: Trump bleibt fest entschlossen, die Zeit ins 20. Jahrhundert zurückzudrehen, als die USA mit den Waffen einer Leitwährung und mit Zöllen die ganze Welt gefügig machten.

Unfähig, die Politik in den USA zu gestalten, greift Trump auf Dekrete zurück, die den Anschein erwecken, er sei der große Macher. Die einseitige Absage an das Transpazifische Freihandelsabkommen TPP – das große Vermächtnis seines Vorgängers Barack Obama –, kombiniert mit der Ansage an die großen und kleinen Verbündeten in Asien-Pazifik, das gegenüber der USA »unfaire« Wirtschaften einzustellen, gestaltet aber nicht, sondern trennt.

Xi Jinping in China versteht es, die Lücken zu füllen, die Trump aufreißt. Der US-Präsident stellt das eigene Land unter dem Motto America first in den Fokus jeglichen Interesses; Xi hingegen wirbt um multinationale Freihandelszonen und globale Netzwerke. Zugleich entwirft er mit der Neuen Seidenstraße eine Vision, gleich mehrere Kontinente wirtschaftlich zu integrieren. Ein Angebot, das die USA nun fallen lassen. Von Trumps Asienreise bleibt der Blick in die nicht allzu ferne Zukunft: China first – America second.

UNTEN LINKS

Heute geht es wieder los, die sogenannte **fünfte Jahreszeit**. Sprücheklopfen, Schimpfen, Schunkeln – das ist nicht mehr nur das Privileg närrischer Sondierungsverhandler, sondern ab 11.11 Uhr auch den gemeinen Jecken auf der Straße erlaubt. Bis Mitte Februar können sie mit Konfetti, Kamelle und sehr viel Alkohol ganz legal der Tristesse ihres Alltags entfliehen – und sich ein sattes Polster für die nächste Fastenzeit anlegen. Und wenn alles klappt, werden es bis dahin auch die Jamaika-Koalitionäre irgendwie geschafft haben, ihre Zänkereien unter den Teppich zu kehren – bis auch sie Aschermittwoch der große Kater erwischt und es so ernüchternde Disziplinen wie Futterneid und gegenseitiges Aushungern auf wirklich jede Tagesordnung im Bundestag schaffen. Ab dann ist Schluss mit lustig. Und Prunksitzungen wie Bütenreden sind wieder nur im Hohen Hause erlaubt. Zu fürchten steht: Die werden genauso öde wie die zuvor stattgefundenen in der Karnevalszeit. oer



Verdrängt, aber alltäglich

Tödliche Gewalt gegen Frauen interessiert in Deutschland bisher allenfalls am Rande



Foto: mauritius images/Tetra Images/Jamie G

Berlin. Eine 43-jährige Portugiesin wurde 2016 in Leipzig getötet und zerstückelt, die Leichenteile wurden ins Elsterflutbecken geworfen. Im Februar 2017 wurde eine weitere Frauenleiche in einem verfallenen Haus gefunden. Der Prozess gegen den doppelten Tatverdächtigen beginnt am 17. November am Landgericht Leipzig. Die grausige Tat eines Verrückten? Eine Familientragödie? Oder ein Eifersuchtsdrama?

158 Frauen wurden 2016 in Deutschland von ihrem Partner oder Ex-Partner umgebracht, 211 überlebten den versuchten Totschlag. Was in Lateinamerika, aber auch in Ita-

lien, Spanien, oder Irland längst unter dem Begriff »Frauenmorde« als gesellschaftliches Problem diskutiert wird, bleibt hierzulande dennoch ein Randthema, das höchstens in die Boulevardpresse Einzug hält. An diesem Samstag lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung unter dem Motto »Keine mehr« zu einer Tagung in Berlin ein, um gemeinsam mit Frauenhäusern und feministischen Initiativen »Femizide« politisch zu diskutieren. Unter diesem Slogan haben 2015 und 2016 Hunderttausende in Mexiko, Argentinien und Peru gegen Frauenmorde protestiert. Doch was kann in Deutschland gegen Gewalt an Frauen getan werden?

»Der Staat muss mehr Frauenhausplätze schaffen«, fordert Alexandra Wischniewski, feministische Referentin der Linksfraction im Bundestag. »Über 13 000 Frauen werden jährlich abgewiesen. Beratung und Schutz für Frauen sind jedoch zentral, um eine Eskalation zu vermeiden.« Die Mitorganisatorin der Tagung zeigt sich optimistisch, dass sich durch die aktuelle #metoo-Debatte über sexuelle Gewalt die Bedingungen hierfür verbessern. »Das Bewusstsein über Sexismus wächst.« Die Debatte zeige, dass Frauenmorde nur die Spitze des Eisberges einer patriarchalen Kultur seien: »Es geht um Macht.« *ek* **Seiten 5 und 9**

Begeisterung für Jamaika-Koalition nimmt ab

Schwarz-Gelb-Grün mit schlechten Umfragewerten / Bewegung in der Bildungs- und Europapolitik

Die möglichen Koalitionäre im Bund haben sich während der Sondierungsrunde am Freitag zuversichtlich über die laufenden Gespräche geäußert.

Von Aert van Riel

Bei den Sondierungsgesprächen von CDU, CSU, FDP und Grünen zeichneten sich am Freitag weitere Einigungen ab. In der Zuwanderungspolitik soll nur noch über die Frage des Familiennachzugs für Menschen gestritten werden, denen lediglich ein subsidiärer Schutzstatus zugestanden wurde. Einem Einwanderungsgesetz steht hingegen offenbar kaum etwas im Wege. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) sagte im ZDF-»Morgenmagazin«, dass die vier Parteien die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte mit einem solchen Gesetz regeln wollten.

Zudem wurde ein Entwurf für eines der Abschlusspapiere der

Sondierungen bekannt, wonach die Unterhändler Investitionen von bis zu zwölf Milliarden Euro im Bereich Bildung, Forschung und Innovation anpeilen. Allerdings steht die Höhe der Ausgaben laut dpa unter Finanzierungsvorbehalt. Die möglichen Partner wollen, dass bis 2025 für Bildung und Forschung mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufgewendet werden. Einig waren sich die Unterhändler auch darüber, dass die Rahmenbedingungen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen verbessert werden sollen. Dafür sind offenbar 3,5 Milliarden Euro vorgesehen.

Offen war, ob die durch das Kooperationsverbot eingeschränkte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der Bildung erleichtert werden soll. CDU und CSU sind dafür, dass das Verbot bestehen bleibt. Grüne und FDP sprechen sich dagegen für eine weitgehende Öffnung aus.

In anderen Bereichen zeigte sich FDP-Chef Christian Lindner kompromissbereit. Er teilte dem »Spiegel« mit, offen dafür zu sein, den Solidaritätszuschlag stufenweise abzuschaffen. Zudem rückte er von der Forderung ab, den

Die Parteimanager der Verhandlungspartner sprachen von »deutlichen Fortschritten«.

europäischen »Rettungsschirm« ESM auslaufen zu lassen.

Am Freitag sprachen die Parteimanager der Verhandlungspartner von »deutlichen Fortschritten«. Die Parteichefs und Verhandlungsführer sollen am Sonntag entscheiden, welche Themen noch besprochen werden müssen, bevor mögliche Koaliti-

onsgespräche beginnen. Bis Donnerstag sollen die Sondierungen abgeschlossen sein.

Derweil hält sich die Begeisterung in der Bevölkerung für die sogenannte Jamaika-Koalition in Grenzen. Nur 45 Prozent der in einer aktuellen Studie Befragten finden ein solches Bündnis sehr gut oder gut. Das geht aus dem »Deutschlandtrend« der ARD hervor. Demnach verlor die mögliche Koalition im Vergleich zu Oktober zwölf Prozentpunkte. 52 Prozent der Befragten meinen, dass sie weniger gut oder sogar schlecht für Deutschland wäre.

Vor allem Anhänger der Grünen sind skeptisch. 55 Prozent finden ein Jamaika-Bündnis gut – der Wert sackte damit aber um 21 Prozentpunkte ab. Möglicherweise hängt dies damit zusammen, dass die Grünen in den Sondierungen keine konkreten Daten für den Ausstieg aus der Kohleenergie und für die Verkehrswende mehr fordern. *Mit Agenturen*

Trump: Jedes Land kämpft auf eigene Faust

US-Präsident fordert auf APEC-Gipfel in Vietnam mehr Protektionismus

Da Nang. US-Präsident Donald Trump hat einen radikalen Kurswechsel der US-amerikanischen Politik in Asien und im Pazifikraum eingeleitet. Auf dem Gipfel der Asia-tisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) in Vietnam lehnte Trump am Freitag gemeinsame Handelsbündnisse mit verschiedenen Partnern strikt ab. Den Diebstahl von geistigem Eigentum und andere unfaire Praktiken würden die USA nicht länger hinnehmen. Zugleich empfahl er auch allen anderen Nationen, ihr Heil auf eigene Faust zu suchen.

Trump's Rede auf dem APEC-Gipfel stand in starkem Kontrast zu einem Auftritt von Chinas Präsident Xi Jinping. Xi warb vor den insgesamt 21 APEC-Mitgliedern für ein »globales Netzwerk aus Freihandelszonen«. Von Chinas Wachstum sollten auch andere Länder profitieren. Seine Rede wurde, anders als die von Trump, immer wieder von Applaus unterbrochen. *dpa/nd* **Seite 7**

Harald Wolf soll LINKE managen

Parteichefs schlagen nach Höhns Rücktritt neuen Geschäftsführer vor

Berlin. Die Vorsitzenden der Linkspartei werden dem Parteivorstand, der an diesem Sonnabend in Berlin zur turnusmäßigen Sitzung zusammentritt, den Berliner Landespolitiker Harald Wolf als Nachfolger für Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn vorschlagen. Das gaben Katja Kipping und Bernd Riexinger am Freitag bekannt. Zuvor hatte Höhn seinen Rücktritt erklärt. Wolf war Fraktionschef und Wirtschaftssenator in Berlin und sitzt als Verkehrs- und Energieexperte der LINKEN im Abgeordnetenhaus. Kipping und Riexinger dementierten Berichte, nach denen Konflikte mit der Parteiführung Grund für Höhns Rücktritt waren. »Wir bedauern die Entscheidung von Matthias Höhn. Wir hätten uns gewünscht, unsere erfolgreiche Zusammenarbeit fortzuführen«, heißt es in ihrer Erklärung. Höhn begründet seine Entscheidung mit mangelnder Unterstützung seiner Position im Parteivorstand der LINKEN. »Vertrauen, Verlässlichkeit und Kooperation« seien für ihn »nicht mehr gegeben«. *nd* **Seiten 2 und 5**

EU setzt Briten Frist für Brexit-Antwort

Sechste Runde der Verhandlungen

Brüssel. EU-Chefunterhändler Michel Barnier hat London aufgefordert, sich in den nächsten zwei Wochen zu den Finanzforderungen der EU zu äußern. Sonst könnten die Brexit-Verhandlungen im Dezember nicht in die zweite Phase gehen, sagte Barnier am Freitag in Brüssel nach der sechsten Runde der Brexit-Gespräche. Hauptstreitpunkt sind die Finanzforderungen der EU; laut EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani bis zu 60 Milliarden Euro. Für die EU muss London alle im mehrjährigen Haushalt bis 2020 eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Es müsste dann für mehr als anderthalb Jahre nach Vollzug des Brexit im März 2019 noch Zahlungen leisten. Das britische Angebot liegt bisher weit unter den EU-Forderungen.

Großbritannien wird die EU am 29. März 2019 um 0.00 Uhr MEZ verlassen. Dieses Austrittsdatum werde in einem Zusatzartikel zum Austrittsgesetz verankert, das derzeit vom Parlament in London beraten wird, hatte der britische Brexit-Minister David Davis in der Nacht zum Freitag im Online-Kurzmitteilungsdienst Twitter erklärt. *AFP/nd*